

10. bis 12. Juni 2016 in Leipzig

# Welcome2Stay

Gipfeltreffen für Willkommen, Solidarität und Antirassismus



Was sie nicht wussten, ist, dass diese Grundpfeiler für die meisten Menschen in Jahrzehnten neoliberaler Alternativlosigkeit und Austerität längst untergegangen sind. So hätten die europäischen Armen und die Geflüchteten ein gemeinsames Ziel und einen gemeinsamen Gegner. Das öffnet ein Fenster für gesamtgesellschaftliche Veränderungen. Wie weit das aufgehen kann, ist noch unklar. Denn die zunehmende soziale Ungleichheit erzeugt ein Klima der Unsicherheit, der Angst und des Konkurrenzdrucks, welches den Weg in die nationale Abschottung als einzig rationale Option erscheinen lässt. Die Antwort muss aber nicht zwangsweise reaktionär sein. Hunderttausende, vielleicht auch Millionen Menschen, setzten sich im vergangenen Jahr praktisch durch ihre Hilfe und Gesten des Willkommens für ein gutes Leben für Alle ein.

Die Bilder der Solidarität tauchen mittlerweile aber nur noch selten auf. „Welcome2Stay“ möchte genau das ändern und die zahlreichen solidarischen Projekte wieder hör- und sichtbar machen. Um (neo)rassistische und rechtspopulistische Positionen aber dauerhaft zurückzudrängen und Menschen ein Bleiberecht zu ermöglichen, bedarf es einer emanzipatorischen Stimme, welche im bundesweiten Diskurs rechten bis neoliberalen Gesellschaftsentwürfen Alternativen aufzeigt.

Attac ist mit der Plattform „Recht auf Willkommen“ und im Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ erste Schritte in diese Richtung gegangen. Nun möchten wir stärker in den inhaltlichen Diskurs eintreten, um aus globalisierungskritischer Perspektive Fragen nach Verteilung, sozialen Rechten und

## Inhalt

### Interview

Panama Papers – 2 –

### Hintergrund

Globalisierung und AfD – 3 –

### Debatte

Wie weiter mit dem Euro? – 4 –

### Europa

TTIP-freie Kommunen – 5 –

### Kalender

Rückblick und Ausblick – 6/7 –

### Portrait

Mehr Aktion wagen – 8 –

### Aktiv

Sommerakademie 2016 – 9 –

Privatisierung der Autobahnen – 9 –

Aktionswoche gegen Klimawandel – 10 –

Ausstellung zum Grundeinkommen – 10 –

### Kiosk

Neue Publikationen – 11 –

Zugehörigkeit zu beleuchten, welche in der öffentlichen Debatte zum Thema Flucht und Migration derzeit nicht aufgegriffen werden. Zusammen mit Willkommens- und Solidaritätsinitiativen, Selbstorganisationen von Geflüchteten, mit Aktiven aus antifaschistischen und antirassistischen Gruppen sowie mit zivilgesellschaftlichen AkteurInnen möchten wir zurückblicken, um zu analysieren und zu besprechen, wie wir gemeinsam einen Schritt weiter in Richtung einer grenzübergreifenden befreiten und solidarischen Gesellschaft gehen können. Denn es ist gut, wenn die Verhältnisse endlich in Bewegung kommen.

**Werner Rätz**, Attac-Koordinierungskreis  
**Veronika Czech**, Projektunterstützung im Attac-Bundesbüro

[www.welcome2stay.org](http://www.welcome2stay.org)

Im letzten Jahr haben hunderttausende Menschen Europa erreicht, deren Ankommen von der europäischen Politik ebenso wenig vorgesehen war wie von den gesetzlichen Regelungen. Sie haben sich das Recht dazu ebenso genommen wie sie sich die Wege nach und in Europa erkämpft haben. Damit haben sie eine politische und gesellschaftliche Lage erzeugt, die nicht rückgängig zu machen ist – und das ist auch gut so. Sie haben ihr Zuhause verlassen, weil die europäische Politik und die globalisierte kapitalistische Ökonomie ihre Länder zu Orten des Chaos und der Verwüstung gemacht haben. Kriege, Klimawandel, Waffenexporte, Diktaturen und Freihandel haben ihre Lebenschancen vernichtet. Sie sind hierhergekommen, weil sie sich von Europa Demokratie, soziale Sicherheit und Lebensperspektiven erhoffen.

# Nur die Spitze des Eisberges

Die Panama Papers und die Folgen



Die Veröffentlichung der so genannten Panama Papers hat weltweit für Wirbel gesorgt: Weltfußballer Lionel Messi, der ehemalige französische Finanzminister Cahuzac, der isländische Premierminister und unzählige weitere SteuersünderInnen sind aufgefliegen. Die Bundesregierung scheint über die Panama Papers nicht begeistert zu sein. Karl Martin Hentschel vom Tax Justice Network erklärt im Interview, warum.

## Wie schätzt Du die Position der Bundesregierung ein?

Die Bundesregierung hat sich in den letzten Jahren bei den Verhandlungen in der OECD und der EU über Steuerhinterziehung nicht mit Ruhm bekleckert. Trotz lauten Ankündigungen gilt Deutschland und speziell das Bundesfinanzministerium (BMF) eher als Bremser bei den internationalen Abstimmungen. Kein Wunder, denn Deutschland verhält sich selbst wie eine Steueroase: Das Tax Justice Network schätzt, dass in deutschen Banken circa 3 Billionen Euro Auslandsgeld in Form von Konten und Depots liegen. Über die hat Deutschland bislang die Heimatländer nicht informiert, so dass große Teile nicht versteuert werden dürften. Welche enorme Bedeutung diese Gelder für die Finanzierung von Banken und Firmen, aber auch für die Staatsschulden haben, kann man ersehen, wenn man weiß, dass das Gesamtvermögen in Deutschland nach den Zahlen der Bundesbank etwa 11 Billionen Euro ausmachen dürfte.

## Die Bundesregierung behauptet, dass schärfere Kontrollen und Datenabgleiche nicht

## möglich seien, Andere Länder haben das aber längst eingeführt. Bundesfinanzminister Schäuble hat nun einen eigenen Aktionsplan vorgestellt. Was haltet Ihr davon?

Der größte Teil seiner Vorschläge ist heiße Luft. Immer wieder redet Schäuble davon, sich bei Maßnahmen besser mit anderen Ländern abzustimmen. Dabei ist das gar nicht nötig. Deutschland könnte völlig einseitig (oder im Rahmen der EU) beschließen, dass es die Steuerdaten von deutschen Staatsbürgern und Firmen einfordert und allen Ländern bzw. Unternehmen, die diese Informationen nicht liefern, mit Repressalien droht, zum Beispiel mit Verboten von Geschäftsbeziehungen für deutsche Unternehmen und Banken. So machen es übrigens die USA, die zwar mittlerweile von allen Staaten diese Daten bekommt, aber selbst diese Daten ebenfalls nicht herausrückt.

## Hat die Bundesregierung Angst, schärfer gegen Steuerhinterziehung vorzugehen?

Deutsche Firmen befürchten, dass ihre Auslandsgeschäfte – insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern – ebenfalls stärker besteuert werden, wenn Deutschland ernst macht. Außerdem will das BMF nicht, dass das in Deutschland von Magnaten, korrupten Politikern und Kriminellen oft steuerfrei geparkte Geld abgezogen wird.

## Auch die EU-Kommission hat passend zum Panama-Skandal einen Vorschlag in Sachen Steuertransparenz vorgelegt. Ist das ebenfalls nur heiße Luft?

Die Vorschläge für ein Transparenzregister aller Firmen, die ausweisen, welchen natürlichen

Personen sie gehören, ist richtig. Ebenso richtig ist der Vorschlag für eine weltweite Berichterstattung aller Firmen über ihre Aktivitäten. Aber die Ausführung ist wieder sehr lückenhaft. So will Deutschland im Register nur die direkten Besitzer ausweisen. Wenn das aber ein Strohmann oder ebenfalls eine Briefkastenfirma ist, hilft das nicht weiter. Außerdem will das BMF das Register nicht öffentlich machen. Das ist völlig inakzeptabel. Fast alle Fälle von Steuerhinterziehung wurden in den letzten Jahren erst auf öffentlichen Druck hin bekannt und verfolgt.

## Weltweit tätige Konzerne weisen den Vorwurf der Steuervermeidung zurück mit dem Argument, sie täten ja nichts Illegales. Ist das nicht der eigentliche Skandal?

Ja, die Steuerhinterziehung von Privatpersonen á la Panama ist in der Tat nur die Spitze des Eisberges. Viel bedeutsamer ist die aggressive Steuervermeidung und -hinterziehung von multinationalen Konzernen und den Superreichen, die häufig sogar legal ist. Wir brauchen daher grundlegende Gesetzesänderungen, die das verhindern, wie die Gesamtkonzernsteuer für Unternehmen, und eine wirksame Vermögenssteuer, damit alle ihren Anteil zur Finanzierung des Staates beitragen. Darüber hinaus benötigen wir endlich ein Unternehmensstrafrecht in Deutschland, ein Whistleblowergesetz und eine Verschärfung des Steuerstrafrechts.

## Der Wind hat sich offenbar gedreht. Die BürgerInnen sind nicht mehr bereit tatenlos zuzusehen, wie die Steuergelder flöten gehen. Wo können sich Leute einklinken, um Druck auf die Bundesregierung zu machen?

Wir brauchen mehr öffentlichen Druck auf die Parlamente. Dazu gehören neben Petitionen auch öffentliche Aktionen, wie sie von der Attac-AG Finanzmärkte und Steuern mitgetragen werden. Wichtig sind auch Veranstaltungen von örtlichen Gruppen zusammen mit Bündnispartnern wie Gewerkschaften oder Sozialverbänden, aber auch den Parteien. Mitglieder der AG haben im letzten Jahr in mehr als 20 Städten über die Steuertricks der Konzerne und der Superreichen informiert – mit guter Presseresonanz der Lokalzeitungen.

**Karl-Martin Hentschel** arbeitet in der Attac-AG Finanzmärkte und Steuern mit und vertritt Attac im Tax Justice Network.

Interview: **Lena Bröckl**

# Globale Soziale Rechte statt nationaler Identitäten

## Die AfD instrumentalisiert die Kritik an der Globalisierung

Die AfD lehnt das Freihandelsabkommen TTIP ab. So ist in den letzten Monaten in der Presse zu lesen und auf Veranstaltungen der Rechtspopulisten zu hören. Kann sich die globalisierungskritische Bewegung darüber freuen? Keineswegs, denn die Motive der AfD und vor allem ihre Ziele sind nicht gegen die neoliberale Globalisierung gerichtet – ganz im Gegenteil. Der AfD geht es darum, das „deutsche Volk“ von den negativen Folgen des Freihandelsabkommens zu verschonen, und zwar durch Abschottung gegenüber anderen Menschen, die nicht zu diesem Kollektiv gehören.

Die Globalisierung stellt eine Überforderung des Individuums dar. So sieht es der Schriftsteller Rüdiger Safranski in seinem Essay „Wieviel Globalisierung verträgt der Mensch?“. Seine These: Globalisierung, wie wir sie heute erleben, halte kein Mensch aus. Als Reaktion erfolge die Einmauerung in Ideologien und die Flucht in Untergangs- und Rettungsfantasien.

Globalisierung verunsichert, produziert Leid und weckt Ängste. Gleichzeitig scheint sie von anonymen Kräften gesteuert zu werden. Kein Wunder, dass sich viele Menschen nach einfachen Lösungen sehnen, wie sie von fundamentalistischen christlichen Sekten, von salafistischen Gruppen, aber auch vom organisierten Rechtspopulismus geliefert werden. Deren Erstarren hängt also direkt mit den krisenhaften Folgen der neoliberalen Globalisierung zusammen.

An der AfD lässt sich dies gut zeigen: Die Partei entstand vor drei Jahren während der Eurokrise als indirekte Folge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und wuchs während der Krise der europäischen Asylpolitik, als deutlich wurde, dass die Abschottung Europas gegen sich auf der Flucht befindenden Menschen nicht mehr wie vorher funktionierte. Indem die AfD in rassistischer Weise Ängste vor Muslimen schürt, will sie sich nun als politische Kraft im deutschen Parteienspektrum fest etablieren. Die Abwehr gegen Menschen auf der Flucht und die Ablehnung von Menschen, die vermeintlich oder tatsächlich dem muslimischen Glauben anhängen, hat vor allem ein Motiv: Der ‚deutsche Volkskörper‘ soll gegen Menschen abgeschottet werden, die dessen vermeintliche ‚kulturelle Reinheit‘ und seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im internationale Wettbewerb angeblich bedrohen. In der Religionsausübung der in Deutschland lebenden Muslime sieht die AfD gar eine Bedrohung für die „abendländische und christliche

Kultur“ und die „historisch-kulturelle Identität“ Deutschlands. Ebenso groß sieht sie die Gefahr für den ‚deutschen Volkskörper‘ in der Asylpolitik Deutschlands und fordert einen Paradigmenwechsel in der „Asylzuwanderung“. Obwohl das Recht auf Asyl in Deutschland bereits so gut wie abgeschafft ist, geht der AfD dies noch nicht weit genug. Sie will keine Einwanderung, die dem „Wirtschaftsstandort Deutschland nicht nutzt und der Gesellschaft schadet“.

Seit der im Jahr 2000 erfolgten fortschrittlichen Modifizierung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts, bei der das völkische Abstammungsprinzip um das Geburtsortprinzip ergänzt wurde, ist deutsches Blut in den Adern nicht mehr die unbedingte Voraussetzung für das Erlangen der

Zeit nicht von alleine zurückkehrt, braucht es drastische Maßnahmen: „Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch ‚korrigiert‘ werden.“

Während sich die AfD also ein wahres Gruselkabinett an reaktionären Vorschlägen ausdenkt, denkt sie nicht daran, die Grundlage der neoliberalen Globalisierung anzutasten. Der Abbau sozialer Sicherung soll nicht rückgängig gemacht werden, die Deregulierung der Finanzmärkte und des Handels mit Waren und Dienstleistungen soll bestehen bleiben. Der Entwurf des Parteivorstandes zum neuen Parteiprogramm ist von einem rabiaten Wirt-



deutschen Staatsangehörigkeit. Sogar das will die AfD rückgängig machen und „den früheren Status Quo“ wiederherstellen. Kinder „sollen nur dann die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt erwerben, wenn mindestens ein Elternteil Deutscher ist“.

Auch das sich Richtung Emanzipation verändernde Verhältnis der Geschlechter scheint aus Sicht der AfD die „abendländische und christliche Kultur“ und die „historisch-kulturelle Identität“ zu gefährden. Sie will zurück zu den ‚guten alten Zeiten‘, als die patriarchalischen Verhältnisse noch stabil waren und die „traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen in den Familien“ galten. Mehr noch: „Gender Mainstreaming und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit.“ Da die gute alte

schaftsliberalismus durchdrungen, der Sozialstaat taucht im Entwurf kein einziges Mal auf. Die neoliberale Globalisierung soll forciert weitergehen. Es geht den Rechtspopulisten lediglich darum, das „deutsche Volk“ zu stärken, um dem Wettbewerb standzuhalten.

Wer tatsächlich die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung bekämpfen will, muss sich für globale soziale Rechte einsetzen. Die AfD hingegen nutzt die durch die Globalisierung erzeugten Ängste zur Legitimierung einer völkisch begründeten Abschottungspolitik.

**Thomas Eberhardt-Köster**, Attac-Koordinierungskreis

Zitate aus: [www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf](http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf)

# Die Demokratie gegen die autoritäre EU-Integration verteidigen!

Im Rundbrief 4/2015 hatte sich Werner Rätz mit der Kapitulation der griechischen Regierung vor den Forderungen der Gläubiger auseinander gesetzt und mit der Unfähigkeit der europäischen Linken, auf das EU-Krisenmanagement einzuwirken. Steffen Stierle von der PG Eurokrise setzt mit dem vorliegenden Beitrag aus der Sicht der Befürworter eines linken Plans für einen Euro-Austritt die Debatte fort. Dieser Artikel spiegelt eine Position in und außerhalb von Attac wider, nicht den Gesamtkonsens in Attac.

Das Scheitern des anti-neoliberalen Regierungsprojektes in Griechenland hat eines deutlich gemacht: Innerhalb des heutigen EU-Institutionengefüges gibt es keinen Platz für demokratische Entscheidungen, die die neoliberale Agenda der politischen Eliten infrage stellen. Wenn die Bevölkerung sich gegen weitere Kürzungs- und Privatisierungsprogramme stellt, ziehen EZB und Eurogruppe die Daumenschrauben an – bis zur Kapitulation.

Die neoliberale Agenda ist tief in den EU-Verträgen verankert. Mit gemeinsamem Binnenmarkt, Stabilitätspakt und EZB-System wurde die EU-Integration von Anfang an auf einen Kürzungs-, Liberalisierungs- und Privatisierungskurs festgelegt. Die Euroeinführung hat den Druck auf Löhne, Steuersysteme und öffentliche Dienstleistungen weiter erhöht. Mit den zahlreichen Pakten und Paketen, die im Windschatten der Finanz- und Wirtschaftskrise durchgesetzt wurden, wurde das ganze Korsett nochmal enger geschnallt. Die aktuell verhandelten Integrations Schritte – Stichwort 5-Präsidenten-Plan – zielen darauf ab, eine radikal neoliberale Agenda tief in die EU-Verträge zu schreiben und jeglichen Verstoß scharf zu sanktionieren.

Gegen diesen Rahmen kann es keine demokratischen Entscheidungen geben, so Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission. Die Griechen haben 2015 erfahren, wie das zu verstehen ist. Bereits 2012 haben es die Zyprioten gelernt, deren Regierung sich dem Troika-Programm zunächst verweigerte. Heute werden deutliche Signale Richtung Portugal und Spanien gesendet, wo ebenfalls mit anti-neoliberalen Regierungsideen gezündelt wird.

Aus all dem ergibt sich, dass wer den Neoliberalismus überwinden und die Demokratie verteidigen will, auch bereit sein muss, diesen Rahmen – also Euro und EU – infrage zu stellen. Beides steht einem sozialen und demokratischen Europa im



Wege. Die Bereitschaft, diesen Sachverhalt offen zu benennen und darauf politische Strategien aufzubauen, hat seit dem griechischen Ereignis stark zugenommen.

Das ist eine wichtige Entwicklung: Zum einen, weil die 5-Präsidentenpläne Vertragsänderungen voraussetzen, die ohne eine Reihe von Referenden nicht zu haben sind. Hier braucht es entschiedene „Nein-Kampagnen“, um die Weiterentwicklung des neoliberalen Europa zu blockieren. Zum anderen sind die linken eurokritischen Debatten angesichts des Aufstiegs rechter, rassistischer Kräfte wichtig, die sonst leichtes Spiel haben, aus der berechtigten eurokritischen Stimmung in der Bevölkerung kräftig Kapital zu schlagen.

Dass die Zustimmung zu EU und Euro in der Bevölkerung seit Jahren immer weiter zurückgeht, hat gute Gründe. Es ist offensichtlich, dass die Mehrheit der Europäer mit dem neoliberalen Integrationsprojekt nicht einverstanden ist. Am deutlichsten wurde dies beim „Oxi“ der Griechen, wenige Tage vor der Kapitulation, zum Ausdruck gebracht. Linke sollten sich nicht zum Advocatus Diaboli machen und aufgrund eines falsch verstandenen Internationalismus ein anti-demokratisches, neoliberales Herrschaftsprojekt verteidigen, das den Übergang zu einer linken oder auch nur sozialdemokratischen Politik unmöglich macht.

Ohnehin behauptet kaum noch jemand, dass man EU und Eurozone zu etwas Sozialem, Demokratischem umbauen kann. Stattdessen wird auf die Chaosthese gesetzt, wenn es gilt, den Euro zu verteidigen: Sobald ein Land die Währungsunion verlasse, werde eine gigantische Kettenreaktion ausgelöst, die alles noch viel schlimmer mache. Der ganze Laden fliege auseinander und Mitteleuropa

versinke in bitterer Armut und womöglich gar Krieg. Naja.

Freilich wäre ein Exit nicht einfach – gerade für kleine Länder mit schwacher Volkswirtschaft. Aber man muss auch sehen, dass es für Länder wie Griechenland keinerlei Perspektive gibt, die Abwärtsspirale aus Rezession, Verschuldung, Austerität und Verarmung zu durchbrechen, solange das Korsett der EU-Verträge und des Euro nicht abgelegt wird.

Zudem gibt es zahlreiche konzeptionelle Überlegungen für einen linken Exit. In deutschen eurokritischen Kreisen ist besonders der Übergang in ein reformiertes Europäisches Währungssystem (EWS) beliebt. Das EWS war der Vorläufer des Euro. Es besteht immer noch, wobei nur noch Dänemark Mitglied ist. Dadurch kann der Wert der dänischen Krone zum Euro angepasst werden, wenn dies die wirtschaftlichen Entwicklungen erfordern. Wenn die Schwankungen aber zu groß werden, muss die EZB intervenieren. Dänemark hat dadurch geldpolitische Spielräume, ohne die Krone spekulativen Attacken auszusetzen.

Auch andere Vorschläge liegen auf dem Tisch – von der Einführung einer Parallelwährung bis zur Kooperation mit anderen Währungsräumen. Die Debatte ist nicht einfach. Aber es ist richtig und wichtig, dass sie zunehmend zum Diskussionsgegenstand in Netzwerken wie Attac, in Gewerkschaften und linken Parteien wird. Solange wir die Konfrontation mit dem Eurorahmen scheuen, haben wir dem autoritären EU-Neoliberalismus nichts entgegenzusetzen.

**Steffen Stierle** ist Volkswirt und Mitglied der Projektgruppe Eurokrise.

# TTIP-freie Kommunen

**Eine paneuropäische Konferenz in Barcelona ist der Startschuss für die europaweite Bewegung der Kommunen gegen TTIP, CETA und TiSA**



Foto: Arno Behlau / Attac

In den letzten drei Jahren wurden immer mehr Gemeinden, Städte und Landkreise auf die Gefahren aufmerksam, die von den geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA für die kommunale Selbstverwaltung ausgehen. In Deutschland haben deswegen über 340 Kommunen kritische Resolutionen gegen die Freihandelsagenda der EU verabschiedet. Europaweit gibt es inzwischen mehr als 1600 dieser kommunalen Beschlüsse, und auch in den USA und in Kanada formiert sich eine wachsende Anzahl von Gebietskörperschaften gegen die neoliberale Handelspolitik ihrer Regierungen.

Dieses breite Bündnis von TTIP- und CETA-freien Kommunen zeigt das internationale Ausmaß, welches unser Protest inzwischen erreicht hat. Es beweist eindrucksvoll, wie kläglich die Versuche hochrangiger PolitikerInnen sind, die Anti-TTIP-Bewegung als ein rein deutsches Phänomen abzustempeln.

Um dem Widerstand der Kommunen auf eine neue politische Ebene zu verhelfen, war eine paneuropäische Konferenz der TTIP-freien Kommunen unerlässlich. Diese fand am 21. und 22. April unter dem Titel „Local Authorities and the New Generation of Free Trade Agreements“ im katalanischen Barcelona statt. Es versammelten sich BürgermeisterInnen und VertreterInnen von über 40 Kommunen und Landkreisen aus Spanien, Frankreich, Österreich, Italien, Großbritannien, Deutschland, Belgien und den Niederlanden. Neben vielen

kleinen Kommunen waren auch Großstädte wie Wien, Köln, Brüssel, Madrid oder Birmingham der Einladung der Stadtverwaltung Barcelona und des zivilgesellschaftlichen Bündnisses gefolgt.

Die Konferenz war geprägt von der deutlichen Ablehnung der anwesenden kommunalen VertreterInnen gegen geplante Freihandelsabkommen. Sie beklagten ihren Ausschluss von den Verhandlungen sowie deren Intransparenz und waren sich darin einig, dass die Abkommen viele aktuelle Probleme der Kommunen verstärken würden: Der zusätzliche Privatisierungsdruck von Dienstleistungen verhindert eine umfassende Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die fehlende Verankerung von Umwelt- und Arbeitsschutzstandards führt zu Wettbewerbsnachteilen sowie zum Verlust von Arbeitsplätzen. Lokale Landwirtschaftsbetriebe werden noch schneller durch transnationale Agrarkonzerne verdrängt. Die KonferenzteilnehmerInnen prangerten auch das Verbot von Rekommunalisierungen in CETA und TTIP an, das beispielsweise in Katalonien, wo 80 Prozent der Wasserversorgung privatisiert ist, eine nachhaltige Stadtentwicklung verhindert. Strengere Regeln für die öffentliche Auftragsvergabe und die Bedrohung durch Investorenklagen würden den demokratischen Handlungsspielraum von Gemeinde- und Stadträten zusätzlich beschränken. Darin stimmten alle Anwesenden überein.

Die KommunalvertreterInnen berieten über eine gemeinsame Deklaration, die zum Abschluss des ersten Konferenztages verkündet wurde, und riefen alle europäischen Kommunen und Landkreise dazu auf, die Deklaration zu unterschreiben und sich der Bewegung der TTIP-freien Kommunen anzuschließen. Die Deklaration fordert den sofortigen Stopp der Verhandlungen von CETA, TTIP und TiSA sowie eine neue Ausrichtung von Handelsabkommen, die nicht mehr nur ökonomische Ziele verfolgt, sondern stattdessen soziale und ökologische Rechte in den Mittelpunkt stellt.

Der zweite Tag der Konferenz war dem Austausch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und EuropaparlamentarierInnen sowie der Suche nach einer gemeinsamen Strategie gewidmet. Es wurde intensiv über alternative Ansätze für eine nachhaltige Stadtentwicklung wie „food sovereignty“ oder „energy democracy“ debattiert. Die Zusammenarbeit zwischen kommunalen Behörden und der Zivilgesellschaft sei zukunftsweisend und solle ausgeweitet werden, betonten viele TeilnehmerInnen.

Zum Abschluss sprachen sich alle Anwesenden für eine Fortsetzung des Bündnisses der freihandelskritischen Kommunen aus. Mit Grenoble und Brüssel erklärten sich gleich zwei Städte bereit, die nächste paneuropäische Konferenz der TTIP-freien-Kommunen auszurichten. Und auch das Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen, welches die Barcelona-Konferenz vorbereitet hatte und in dem Attac Deutschland mitwirkt, ist hoch motiviert, die zweite TTIP-Free-Zones-Konferenz zu organisieren. Zum Abschluss der Konferenz wurde die neue Website [www.ttip-free-zones.eu](http://www.ttip-free-zones.eu) vorgestellt, die fortan als Forum für die weitere Vernetzung und zur Vorstellung der Bewegung dienen soll.

Attac Deutschland wird sich im Rahmen der Kampagne TTIP-freie Kommunen weiter in dem Prozess engagieren. Wir werden die Deklaration der Barcelona-Konferenz verbreiten und versuchen, möglichst viele Kommunen zur Unterzeichnung zu bewegen. Zu diesem Zweck ist bereits eine Konferenz zur Vernetzung der deutschen TTIP-freien Kommunen in Planung, die Ende des Jahres stattfinden soll.

**Dominik Piétron**, Projektgruppe TTIP-Kommunen

[www.attac.de/TTIP-in-Kommunen](http://www.attac.de/TTIP-in-Kommunen)



„Riesen-Schachbrett gegen Milchpulverboom“



„Konferenz in Barcelona“, Foto: Arno Behlau / Attac

## Rückblick

17. Februar 2016

### Attac klagt gegen Entzug der Gemeinnützigkeit

Das Finanzamt Frankfurt verweigert Attac weiterhin die Gemeinnützigkeit. Die Behörde beharrt darauf, dass Attac zu politisch sei. Attac reicht Klage ein. Denn: Die Entscheidung des Finanzamts trifft die gesamte aktive und kritische Zivilgesellschaft. Diese ist in einer globalisierten Welt für eine funktionierende Demokratie unabdingbar und lebensnotwendig.

22. Februar 2016

### PEPP ist weg: Fallpauschalen für Psychiatrie sind vom Tisch

Fachverbände und die Bundesregierung einigen sich auf Eckpunkte für ein neues Entgeltssystem in der Psychiatrie. Die Einführung des Pauschalierenden Entgeltsystems für Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) ist damit vom Tisch. Ein Erfolg aller, die seit Jahren gegen PEPP gekämpft haben – darunter Attac.

26. und 27. Februar 2016

### TTIP-Aktionskonferenz in Kassel

Bei einer Aktions- und Strategiekonferenz in Kassel beschließt die TTIP-kritische Bewegung, den Druck auf die EntscheidungsträgerInnen weiter zu erhöhen. Nächster Protesthöhepunkt soll eine überregionale Demonstration in Hannover am 23. April werden – einen Tag, bevor Bundeskanzlerin Merkel und US-Präsident Obama die dortige Messe eröffnen.

4. März 2016

### Geldwäscherichtlinie: Offener Brief an Schäuble

Attac und Bündnispartner fordern Bundesfinanzminister Schäuble in einem offenen Brief auf, das Register wirtschaftlich Berechtigter

im Rahmen der EU-Geldwäscherichtlinie offenzulegen. Die Einführung des Registers ist ein Erfolg von Attac und des Netzwerks für Steuergerechtigkeit. Um Geldwäsche bekämpfen zu können, muss das Register aber öffentlich gemacht werden. Denn: Nur öffentlicher Druck lässt die Behörden aktiv werden.

12. März 2016

### Mit Riesen-Schachbrett gegen Milchpulverboom

Aktionsauftakt der Kampagne „Kühe und Bauern nicht verpulvern!“: Aktive von Attac und Aktion Agrar protestieren in Syke gegen Billigmilch und den Milchpulverboom. Auf einem riesigen Schachspiel sind die Türme zu Milchpulvertürmen und die Springer zu Kühen geworden. Bauern und Kühe haben gegen die großen Molkereien mit ihren Milchpulvertürmen keine Chance und werden gnadenlos geschlagen.

15. März 2016

### Griechische Flughäfen: Fraport kassiert – Griechenland zahlt und haftet

Einen Tag vor Veröffentlichung des Geschäftsberichts der Fraport AG kritisiert Attac die Übernahme von 14 griechischen Flughäfen durch die Betreiberin des Frankfurter Airports. Der öffentlich gewordene Übernahmevertrag zeigt: Die Fraport schlägt massiv Profit aus der Notlage Griechenlands: Der Konzern kassiert, der griechische Staat zahlt und haftet.

4. April 2016

### Panama Papers: Was die Bundesregierung verschweigt

Nach Bekanntwerden der „Panama Papers“ wirft Attac der Bundesregierung vor, nicht konsequent gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung vorzugehen: Das Bundesfinanzministerium sperrt sich dagegen, Kontodaten an alle Staaten zu liefern. Ebenfalls unter den

Tisch fällt die Tatsache, dass Deutschland selbst als Steueroase für Diktatoren und Verbrecher fungiert. Dazu kommt die staatlich geduldete Steuervermeidung großer Konzerne.

10. April 2016

### Schäubles Steueroasen-Aktionsplan voll heißer Luft

Der Steueroasen-Aktionsplan von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble enthält überwiegend heiße Luft. Die Bundesregierung ist weiterhin nicht bereit, ihre Verzögerungstaktik in der EU aufzugeben und endlich wirksam gegen Steuerflucht vorzugehen. Offensichtlich scheut die Regierung einen ernststen Konflikt mit den Mächtigen und Reichen. Zugleich will Deutschland auf das von Magnaten aus aller Welt im Land geparkte Geld nicht verzichten.

12. April 2016

### Steuertransparenz für Konzerne geht anders

Der Vorschlag der EU-Kommission für mehr Steuertransparenz von Konzernen ist löchriger als Schweizer Käse. Attac fordert seit Jahren, dass Unternehmen offenlegen müssen, in welchem Land sie welchen Umsatz und Gewinn gemacht und wo sie wie viel Steuern gezahlt haben. Doch der EU-Entwurf nimmt Geschäfte in den meisten Ländern von der Berichtspflicht aus – etwa die Schweiz und die USA.

15. bis 17. April 2016

### Attac-Ratschlag beschließt Mobilisierung zu G20-Gipfel

Attac wird zu Protesten gegen den G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg mobilisieren. Das beschließen die Attac-Aktiven bei ihrem bundesweiten Ratschlag in Halle. Weitere Themen des Treffens sind die Strukturen von Attac, das Engagement des Netzwerks gegen Abschottung und Fremdenfeindlichkeit, der Widerstand gegen TTIP, CETA und TiSA, Blockupy und die Proteste gegen die Kohlekraft.



„90.000 sagen Nein zu TTIP“, Foto: Helga Reimund / Attac



„Attac-AktivistInnen legen sich quer“

21. und 22. April 2016

### Konferenz in Barcelona: TTIP-freie EU-Kommunen formieren sich

VertreterInnen von mehr als 40 Kommunen und Landkreisen aus Spanien, Frankreich, Österreich, Italien, Großbritannien, Deutschland, den Niederlanden und Belgien treffen sich in Barcelona zur ersten paneuropäischen Konferenz TTIP-freier Kommunen. Dabei sind unter anderem die Großstädte Barcelona, Madrid, Birmingham, Wien, Grenoble und Köln. Das Treffen ist der Startschuss für eine gemeinsame Bewegung der über 1600 TTIP-freien Kommunen in Europa.

23. April 2016

### 90.000 sagen in Hannover Nein zu TTIP und CETA

90.000 Menschen demonstrieren in Hannover unter dem Motto „Obama und Merkel kommen: TTIP und CETA stoppen!“ gegen die geplanten Abkommen der EU mit den USA und Kanada. Ein eindringliches Zeichen, dass die neoliberale Freihandelspolitik keinen Rückhalt in der Bevölkerung hat. Der Widerstand gegen eine Politik, die demokratische Spielräume untergräbt sowie ökologische und soziale Standards gefährdet, Konzernen aber noch mehr Einfluss und Macht zugesteht, wird immer breiter – auf beiden Seiten des Atlantiks. Attac gehört mit mehr als 20 Organisationen zum Trägerkreis der Demo.

23. und 24. April 2016

### Aktionskonferenz „Aufstehen gegen Rassismus“

Bei einer bundesweiten Aktionskonferenz in Frankfurt am Main beraten mehr als 500 AktivistInnen und OrganisationsvertreterInnen nächste Schritte im Kampf gegen Rassismus und rechte Hetze. Organisiert hat das Treffen das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“, dem auch Attac angehört. Das Bündnis ruft zu einer Demonstration plus Konzert am 3. September in Berlin auf. Zudem will es 10.000

StammtischkämpferInnen gegen die AfD ausbilden.

25. April 2016

### TTIP kills Democracy: Attac-AktivistInnen legen sich quer

Mit einem „Die In“ auf der Hannover-Messe machen Attac-AktivistInnen auf die Gefahr für die Demokratie aufmerksam, die von TTIP und Co. ausgeht. Die Aktion findet während des Rundgangs von US-Präsident Barack Obama und Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Messe statt. Auf ein verabredetes Zeichen hin legen sich die AktivistInnen auf den Boden, symbolisch gestorben für Demokratie, Rechtsstaat, Kunst, Verbraucher- und Umweltschutz, die durch das Freihandelsabkommen bedroht sind.

## Ausblick

13. bis 16. Mai 2016

### Ende Gelände – Kohle blockieren – Klima schützen!

In diesem Jahr noch will Vattenfall sein Braunkohlegeschäft in der Lausitz verkaufen. Statt in der Region einen sozial-ökologischen Umbau einzuleiten, soll das klimaschädliche Geschäft mit neuen Investoren weitergehen. Darum werden am Pfingstwochenende hunderte Menschen einen Braunkohletagebau in der Lausitz blockieren. Unter dem Motto „Ende Gelände – Kohle blockieren – Klima schützen!“ ruft auch Attac dazu auf, den dringend notwendigen Kohleausstieg mit zivilem Ungehorsam durchzusetzen.

[www.attac-netzwerk.de/ag-eku](http://www.attac-netzwerk.de/ag-eku)

10. bis 12. Juni 2016

### Welcome2Stay: Gipfeltreffen der „Bewegungen des Willkommens“

„Welcome to stay“ – unter diesem Motto organisieren zahlreiche Gruppen und Initiativen,

darunter Attac, ein „Gipfeltreffen der Bewegungen des Willkommens, der Solidarität und des Antirassismus“ in Leipzig. Bei dem Treffen soll es unter anderem darum gehen, wie die Situation von Geflüchteten verbessert werden kann und sich die Verschärfung des Asylrechts und die Abschottung aufhalten lassen.

[www.welcome2stay.org](http://www.welcome2stay.org)

3. bis 7. August 2016

### Attac-Sommerakademie in Düsseldorf

Die Sommerakademie ist die zentrale Bildungsveranstaltung von Attac. Sie bietet Vorträge, Diskussionen und Workshops zu Themen der Globalisierungskritik und aktuellen Entwicklungen – für NeueinsteigerInnen ebenso wie für alte Attac-HäsInnen. Ort der diesjährigen Sommerakademie ist Düsseldorf.

[www.attac.de/soak](http://www.attac.de/soak)

3. September 2016

### Demo und Konzert „Aufstehen gegen Rassismus“ in Berlin

Save the Date: Das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“, dem auch Attac angehört, plant eine Demonstration mit Konzert in Berlin. Der Plan: Farbe bekennen gegen Rassismus und rechte Hetze. Weitere Infos folgen.

[www.aufstehen-gegen-rassismus.de](http://www.aufstehen-gegen-rassismus.de)

24. September 2016

### Aktionstag gegen TTIP und CETA in sechs Städten

Nach den Riesendemos in Berlin und Hannover heißt es jetzt dran bleiben. Das Bündnis „TTIP und CETA stoppen“ organisiert Demonstrationen in (mindestens) sechs Städten: Stuttgart, Köln, Frankfurt am Main, Berlin, Hamburg, Nürnberg oder München. Weitere Infos folgen.

[www.ttip-demo.de](http://www.ttip-demo.de)

Mehr Informationen zu den Terminen:

[www.attac.de/veranstaltungen](http://www.attac.de/veranstaltungen)

## Menschen in Attac

## „Traut Euch auf die Straße zu gehen“

## Wolfgang Raul engagiert sich in Attac für mehr Aktionen

Wolfgang Raul ist 53 Jahre, sehr glücklich verheiratet und arbeitet im Qualitätsmanagement eines US-Unternehmens. Seit vier Jahren engagiert er sich in der Arbeitsgemeinschaft „Genug für alle“ von Attac.

**Du bist seit Jahren bei Attac aktiv, mittlerweile auch im Koordinierungskreis. Wie bist Du zu Attac gekommen, was war Dein erster Kontakt?**

Der erste Kontakt zu Attac und zu Attacies war tatsächlich die Demo 2011 unter dem Motto „Brecht die Macht der Banken und Konzerne!“. Seit der Finanzkrise 2008 hatte ich nach Möglichkeiten politischer Beteiligung gesucht und war beeindruckt von der Unterschiedlichkeit der Menschen, die an dieser Demo teilgenommen haben. Da waren alle Berufsfelder, alle Schichten vertreten. Das war eine Aussage: „Brecht die Macht der Banken und Konzerne“, da steckt alles drin, was wir jetzt machen und hat ermöglicht, dass alle mitlaufen konnten. Danach hat sich Occupy festgesetzt vor der Europäischen Zentralbank im Park. Aufgrund meiner organisatorischen Fähigkeiten habe ich mich in der „Arbeitsgruppe Demonstration“ beteiligt, um weiter mit unserem Protest voranzukommen.

Auf einer Demo unter dem Motto „Heute Griechenland, morgen ganz Europa!“ habe ich dann Georg Frigger kennen gelernt, der für Attac einen Redebeitrag hielt. Ich habe die Moderation gemacht und im Anschluss haben wir uns unterhalten. In dem kurzen Gespräch kam raus, dass Georg sich für ein emanzipatorisches Grundeinkommen einsetzt. Das war zu der Zeit ein Thema, das mich sehr beschäftigt hat, aber ich hatte bisher in Deutschland keine Gruppe gefunden, die sich aus europäischer und internationaler Sicht damit auseinandersetzt. Georg hat mich auf die Attac-AG „Genug für alle“ aufmerksam gemacht. [Georg Frigger, der leider Ende vergangenen Jahres verstorben ist, war für viele ein wichtiger Ansprechpartner innerhalb von Attac und fehlt sehr. Die Red.]

**Was hat Dich an der Arbeit der AG dazu motiviert, bei Attac aktiv zu werden?**

Die AG tritt für eine Gesellschaft ein, die Menschen all das zur Verfügung stellt, was sie brauchen, um gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten gut und befriedigend tun zu können und sich ihren Fähigkeiten entsprechend auszubilden. Grundeinkommen wird von uns als Daseinsvorsorge verstanden, dazu gehören unter anderem eine Bürgerversicherung und ein Stromkontingent, kostenfreie Wasserversorgung, Arbeitszeitreduzierung, Ausbau von Infrastruktur, freie Mobilität etc. – halt alles, was zum Leben notwendig ist. Tatsächlich ist Grundeinkommen nicht die Lösung aller Probleme, sondern



kann ein Baustein sein für eine Zukunft, in der der Kapitalismus nicht mehr im Vordergrund steht und jeder Mensch ohne Zwang existieren und an der Gesellschaft teilhaben kann.

Meine Entscheidung bei Attac mehr als nur in der AG „Genug für alle“ zu wirken und mitzumachen, ist bestimmt worden durch vier Faktoren: Konsensprinzip, Netzwerkcharakter und Entscheidungsfreiheit der lokalen Gruppen und Arbeitsgruppen zu Themensetzung und deren Bearbeitung. Dass es keine Hierarchie, sondern ein „Hut auf“-Prinzip gibt, um Verantwortungen zu verteilen. Und dass Themen rund um den Anfangslogan „Eine andere Welt ist möglich“ bearbeitet werden. Wir sollten übergehen zu „Eine andere Welt ist erforderlich“!

**Dazu gehören auch Aktionen: Ist das für Dich ein Grund, Dich in der AG „Aktion“ einzubringen?**

Ja, zum Teil. Wir sind immer wieder auf der Suche nach Informationen und dann empören wir uns. Wir haben eigentlich schon genug Informationen, um die nächsten 100 Jahre auf die Straße zu gehen. Wir müssen jetzt handeln! Ich bin selbst aktionsorientiert, ein bewegungsstarker Mensch. Ich bin der Meinung, dass wir in Attac eine Menge Expertise haben und das wenigste davon tatsächlich auf der Straße umsetzen können. Wir müssen in den Aktionsmodus kommen, politisch Druck erhöhen, uns unsere Straße nehmen, sonst ändert sich nichts.

Die Idee für die Gründung der AG „Aktion“ war: Wir wollen, dass Aktivitäten in lokalen Gruppen durch Aktionen vervollständigt werden. Der Diskurs sollte von Aktionen begleitet werden. Wir wollen, dass eine Community entsteht, wir

wollen Workshops anbieten und eine Sammlung von Aktionen auf der Website in Wort und Bild anbieten als Anregung und Lustmacher. In Arbeit ist eine kompakte Sammlung für Aktive mit Links und einem Newsletter zu Workshops, Demos und Trainings. Wir wollen Ansprechpartner sein für Externe und fürs Netzwerk. Hier können wir beraten, wenn es um Aktionsbilder geht, vorhandene Materialien ausleihen, Know-how vermitteln. Ziel ist es, ein bis zwei eigenständige Aktionen im Jahr machen.

**Wir sind gespannt! Und auf welche Aktion freust Du Dich in diesem Jahr am meisten?**

Worauf ich mich besonders freue, das sind die Sommer- und die Aktionsakademie, weil da zum einen die Bildung drin ist und die Selbstermächtigung zum anderen. Der Lerneffekt ist direkt sichtbar, durch Gespräche mit Personen, die vorher in einem Thema überhaupt noch nicht drin waren und dann im Anschluss direkt aktiv werden. Und bei der Aktionsakademie sieht man's auch direkt, weil wir da auch eine Demo haben oder Kundgebung und alles, was erfahren wurde, direkt umgesetzt werden kann. Das ist etwas, das mich sehr motiviert: dass man direkt Ergebnisse sieht und weiß, dass man zur gesellschaftlichen Entwicklung beigetragen hat.

Besonders freue ich mich auf „Ende Gelände“ und auf die Blockade im Braunkohletagebau. Zum einen wegen des Erfolgs vom letzten Jahr und zum anderen, weil ich es einfach stark finde, dass sich Menschen für ihre Überzeugung und gegen die Staatsgewalt einsetzen, Gesicht zeigen und Risiken eingehen. Repressionen werden in Kauf genommen, weil es keine andere Möglichkeit gibt. Ein starker Ausdruck zu dem, was man will und bereit ist zu tun. Das ist für mich ein hohes moralisches und ethisches Ziel und hoher Ausdruck von Protest.

**In diesem Sinne: Was wünschst Du Dir für das Aktionsjahr 2016?**

Ich wünsche mir, dass wir auch in diesem Jahr Aktionen machen und Aktionsbilder gestalten, mit denen wir Partizipation bewerben können. Und dass die Attacies in den lokalen Gruppen und Bündnissen ein Interesse entwickeln, in den Aktionsmodus zu gehen: Nehmt Kontakt auf zur AG „Aktion“ und traut Euch auf die Straße zu gehen und ungehorsam zu sein!

Interview: Karen Schewina

[www.attac-netzwerk.de/ag-aktion](http://www.attac-netzwerk.de/ag-aktion)

Das Positionspapier der AG „Genug für alle“:  
[www.tinyurl.com/zhmhfy3](http://www.tinyurl.com/zhmhfy3)

# Wissen, Aktion, Strategie für eine solidarische Welt!

Attac-Sommerakademie vom 3. bis 7. August 2016 in Düsseldorf



In diesem Jahr findet die alljährliche Attac-Sommerakademie vom 3. bis zum 7. August in Düsseldorf-Benrath statt. WAS? Wissen, Aktion, Strategie für eine solidarische Welt geht damit in die zweite Runde. Für Wissenshungrige gibt es neben mehrtägigen Seminaren und Workshops auch kürzere Veranstaltungen und Vorträge, die das breite Spektrum der Attac-Themen abdecken. Am Start sind dabei sowohl Veranstaltungen, in denen Basiswissen

vermittelt wird, als auch solche, die sich an „Fortgeschrittene“ und alte „Attac-HäsInnen“ richten. Klassische Attac-Themen kommen dabei ebenso wenig zu kurz wie aktuelle Fragen zu Migration und Rechtspopulismus. Ihren Platz haben auch Diskussionen zu den Strategien, mit denen die Themen angepackt und in die politische Auseinandersetzung getragen werden können.

Am Samstag werden wir in einer gemeinsamen Aktion den Neoliberalismus ins Museum bringen.

Es erwarten Euch außerdem interessante kulturelle Angebote sowie viele Möglichkeiten sich zu vernetzen, zu besprechen und zu entspannen. Wir freuen uns auf zahlreiche diskussionswütige Teilnehmende. Bringt gern Eure Familien und FreundInnen mit! Die Sommerakademie ist nicht zuletzt eine Mitmach-Akademie, die wir gemeinsam organisieren und bei der wir voneinander lernen.

Unter [www.attac.de/soak/anmeldung](http://www.attac.de/soak/anmeldung) könnt Ihr Euch anmelden, gerne auch frühzeitig. Der Frühbucherrabatt gilt bis zum 31. Mai.

Im Preis inbegriffen sind eine vegetarisch / vegane Verpflegung sowie Übernachtungs-

## Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.

Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“.

Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter: 069-900 281-10

möglichkeiten in einer Turnhalle oder im eigenen Zelt. Grundsätzlich gilt: Am Geld soll Eure Teilnahme nicht scheitern.

Fragen könnt Ihr an [sommerakademie@attac.de](mailto:sommerakademie@attac.de) richten.

Eine ständig aktualisierte Programmübersicht findet Ihr unter:

[www.attac.de/soak/programm/uebersicht](http://www.attac.de/soak/programm/uebersicht)

## Privatisierung verhindern

Kampagne zum Bundesfernstraßengesetz



Foto: Jakob Huber / Campact

Den Autobahnen droht ganz konkret die Privatisierung: Am 13. April hat die Bundesregierung bekanntgegeben, die dafür notwendige Grundgesetzänderung solle vor der Sommerpause verabschiedet werden.

Bisher verwalten die Länder die Fernstraßen nach den Vorgaben des Grundgesetzes. Eine Änderung dieses föderalen Prinzips wäre ein gigantisches Geschenk an Versicherungskonzerne und Kapitalanleger. Wie das geht? Mit

einer zentralisierten „Bundesfernstraßengesellschaft“ (BFG) ließen sich die Maastricht-Kriterien umgehen. Mit dem Verstecken der Schulden der BFG steigen sofort die Zinsen für diese Kredite auf 50 bis 100 Prozent der Investitionssumme. Natürlich muss das Geld an anderer Stelle beschafft werden, zum Beispiel über die Pkw-Maut. Oder es wird bei den Beschäftigten und natürlich auch bei der Infrastruktur eingespart. Die Folge wäre teurer und gefährlicher Billigbau.

Es gibt Alternativen: Statt das Grundgesetz zu ändern, um besser Schulden verstecken zu können, muss man das Grundgesetz ändern, um den fatalen Fehlanreiz der Schuldenbremse zu beseitigen, die sich die EU-Staaten selbst auferlegt haben. Ein wichtiger Vorschlag dazu kommt von den Gewerkschaften: Nettoinvestitionen sollten von der Schuldenbremse ausgenommen werden. Das würde den künstlich angelegten Kapitalmarkt für öffentliche Infrastrukturen in Deutschland schlagartig wieder austrocknen.

Der Ratschlag hat letzten Herbst eine Kampagne gegen die BFG gestartet. Dazu wurden bereits verschiedene Aufrufe gestartet. Zuletzt unterschrieben 254.480 Menschen einen Aufruf von Attac, GiB und campact. Das war gut, aber es reicht nicht. Unsere Chance sind die Bundesländer: Diese müssten im Bundesrat zustimmen. Wir bieten Briefvorlagen an, mit denen Aktive und Gruppen ihre Landtagsabgeordneten unter Druck setzen können. Die Länder sollen Nein sagen! Für lokale Presseworkshops können ExpertInnen von uns „gebucht“ werden. Höhepunkt der Kampagne soll ein dezentraler Aktionstag am 1. Juni sein.

Das Grundgesetz lässt sich – leider! – sehr schnell ändern! Helft mit, diese fatale Änderung zu verhindern!

Kontakt zur Attac-AG Privatisierung:

[info@ppp-irrweg.de](mailto:info@ppp-irrweg.de)

Unsere Mailingliste: [ppp@listen.attac.de](mailto:ppp@listen.attac.de)

Carl Waßmuth, Attac-AG Privatisierung

# „Ende Gelände“ – Kohle stoppen in der Lausitz!

Globale Aktionswoche vom 9. bis 16. Mai 2016



Foto: Tim Wagner / 350.org

Wenn wir die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels verhindern wollen, müssen wir mehr als 80 Prozent der bekannten Kohlereserven im Boden lassen. Doch in den deutschen Braunkohlerevierern soll der klimaschädliche Energieträger noch jahrzehntelang abgebaut werden. Eine wachsende Klimabewegung ist entschlossen, das zu verhindern. Es gibt vielfältige Möglichkeiten, diese Bewegung zu unterstützen!

Am Pfingstweekenende (13. bis 16. Mai 2016) werden hunderte Menschen einen Braunkohletagebau

in der Lausitz blockieren. Unter dem Motto „**Ende Gelände – Kohle blockieren – Klimaschützen!**“ ruft auch Attac dazu auf, den dringend notwendigen Kohleausstieg mit zivilem Ungehorsam durchzusetzen. „Ende Gelände“ ist Teil der globalen Aktionswoche „Break Free from Fossil Fuels“, in der parallel auf fünf Kontinenten Aktionen gegen fossile Infrastruktur geplant sind, zum Beispiel in Nigeria, Brasilien oder Großbritannien.

Wer Solidarität mit „Ende Gelände“ zeigen will, ist außerdem zur **Anti-Kohle-Demonstration**

eingeladen, die am 14. Mai von Welzow nach Proschim zieht und zu der Attac zusammen mit Umweltverbänden und lokalen Initiativen aufruft.

Das Lausitzer **Klima- und Energiecamp** in Proschim bietet vom 9. bis 16. Mai ein reichhaltiges Workshop-Programm und die Gelegenheit, sowohl vom Tagebau betroffene AnwohnerInnen als auch AktivistInnen aus ganz Europa kennenzulernen.

Wer nicht nur politisch, sondern auch physisch in Bewegung bleiben möchte, kann sich der Fahrradtour **Time to Cycle** anschließen, die von Harwich (Großbritannien) bis in die Lausitz führt, und deren Strecke von Veranstaltungen und alternativen Projekten gesäumt ist – zum Beispiel in Osnabrück oder im Ökodorf in Bad Belzig.

Attac-Aktive treffen sich am Freitagmorgen, 13. Mai, auf dem Lausitzcamp, um Bezugsgruppen für „Ende Gelände“ oder die Demonstration zu bilden.

Wenn Ihr vorher Kontakt aufnehmen möchtet, wendet Euch gerne an [eku@attac.de](mailto:eku@attac.de)

**Dorothee Häußermann**, Attac-AG Energie, Klima, Umwelt

[www.attac-netzwerk.de/ag-eku](http://www.attac-netzwerk.de/ag-eku)

## Wanderausstellung

# „Grundeinkommen für EinsteigerInnen“



„Grundeinkommen für EinsteigerInnen“ heißt eine Wanderausstellung der Attac-AG „Genug für alle“. Auf 25 Tafeln führt sie ins Thema ein und stellt eine Reihe weiterführender Fragen zu Systemen sozialer Sicherheit. Mit inzwischen über 50 Präsentationen hat die Ausstellung wesentlich zur Verbreitung und Vertiefung der Grundeinkommensdiskussion in Deutschland und Österreich beigetragen. Dabei sind neue

Fragen aufgetaucht, alte stellen sich in neuer Form. Deshalb ist nunmehr eine umfassende Überarbeitung erfolgt.

Der Anspruch der Ausstellung hat sich nicht geändert. Attac Deutschland hatte auf seinem Ratschlag im Oktober 2003 in Aachen im Konsens die Einrichtung eines Schwerpunktes mit dem programmatischen Titel „Es ist genug für alle da“ beschlossen. Das geschah in der Überzeugung, dass jeder Mensch ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und am Leben habe, und zwar „einfach so, nur weil es ihn gibt. Das muss sich niemand verdienen, nicht durch Arbeit, nicht durch Wohlverhalten, durch nichts. Das ist ein Menschenrecht! Und wir wissen: Es ist genug für alle da!“ Die AG „Genug für alle“ fühlt sich diesem Konsens nach wie vor verpflichtet. Sie argumentiert, der Reichtum unserer Gesellschaften beruhe immer

mehr auf der Leistung unserer Vorfahren. Sie haben das Wissen erarbeitet und die Verfahren etabliert, mit denen wir heute unseren Wohlstand herstellen. Dies ist unser gemeinsames Erbe und gehört uns allen gleichermaßen. In einer Gesellschaft, in der Erwerbsarbeit für immer mehr Menschen den Unterhalt für ein würdiges Leben nicht garantiert, müssen umfassende Lösungen für alle gefunden werden. Dafür ist das bedingungslose Grundeinkommen (bge) ein umfassender Vorschlag.

In vier thematischen Blöcken bearbeitet die Ausstellung die Themen: Was ist ein bge? Wie kann ein bge Wirklichkeit werden? Was und wer spricht gegen ein bge? Was bewirkt ein bge? Sie kann unter [www.grundeinkommen-attac.de/die-ausstellung](http://www.grundeinkommen-attac.de/die-ausstellung) gebucht werden. Die AG bietet umfassende Hilfestellungen und Material an.

## Aus dem Attac-Shop



Attac (Hg.):

### **Konzernmacht brechen!**

**Von der Herrschaft des Kapitals zum Guten Leben für Alle**

In einer Kooperation von Attac Österreich und Attac Deutschland ist das Buch „Konzernmacht brechen!“ entstanden. Im Zentrum des

Buches steht die Frage nach den Dimensionen gegenwärtiger wirtschaftlicher Machtstrukturen in unserer globalisierten Welt. Die Beiträge zeigen, welche Eliten Reichtum und Ressourcen kontrollieren, wie Konzerne politische und gesellschaftliche Prozesse beeinflussen und wie demokratische Handlungsspielräume eingeengt werden. Die AutorInnen machen anhand ausgewählter Bereiche das Ausmaß der Machtkonzentration im finanzdominierten Kapitalismus sichtbar und zeigen auf, durch welche Systeme, Strukturen und Politik die Macht der Konzerne ausgeweitet und zementiert wird.

Sie erläutern aber auch, wie politischer Widerstand geleistet werden kann, mit welchen Strategien soziale Bewegungen transformative Gegenmacht bereits aufbauen und wie Transformationspfade auf dem Weg zu einem Guten Leben für Alle aussehen können.

Mit Beiträgen von: Daniel Chavez, Susan George, Ralph Guth, Rudolf Hickel, Steve Horn & Peter Rugh, Manolis Kalaitzake, Elisabeth Klatzer, Andrew Gavin Marshall, David Sogge, Alexandra Strickner, Carla Weinzierl, Juan Hernández Zubizarreta.

mandelbaum verlag, broschiert, 240 S., 15 EUR

Bestellungen wie immer online unter [www.attac.de/shop](http://www.attac.de/shop), telefonisch unter 069-900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: [info@attac.de](mailto:info@attac.de)

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: [datenschutzbeauftragter@attac.de](mailto:datenschutzbeauftragter@attac.de)

## Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: [info@attac.de](mailto:info@attac.de)

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl,

Frauke Distelrath, Stephanie Handtmann,

Karsten Peters, Werner Rätz,

Gabriele Rohmann

V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

## Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.  
Tel. 069-900 281-10  
oder per E-Mail an:  
[info@attac.de](mailto:info@attac.de)

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

**GOGREEN**

Der CO<sub>2</sub>-neutrale Versand  
mit der Deutschen Post

# Panama ist überall – Steueroasen schließen!

Die Veröffentlichung der Panama Papers machte Schlagzeilen: Mit ihr wurde der ungeheuerliche Umfang der Vertuschung und Verschleierung deutlich, die das von Attac seit Jahren kritisierte Zweiklassensteuersystem möglich macht.

Steuerflucht und Steuerhinterziehung tragen zur öffentlichen Armut bei. Würden diese Steuern bezahlt, hätte die öffentliche Hand genügend Mittel für die Sanierung von Schulen, Kindergärten und Investitionen für Bildung und Infrastruktur, für die Bekämpfung der drohenden Altersarmut und vieles mehr.

Das alles sind keine neuen Erkenntnisse; die Panama Papers haben sie nur offensichtlich werden lassen. Attac kritisiert diese Zustände seit vielen Jahren. Deshalb war es uns möglich, kurz nach der Veröffentlichung der Papiere schnell auf das gestiegene öffentliche Informationsbedürfnis zum Thema Steuerflucht reagieren zu können. Der umfangreiche Maßnahmenkatalog

von Attac, mit dem Steuerflucht und -vermeidung wirkungsvoll bekämpft werden können, ist nur eins von vielen Hintergrundmaterialien, die wir in gedruckter Form im Shop oder online auf [www.attac.de/panama-ist-ueberall](http://www.attac.de/panama-ist-ueberall) bereitgestellt haben. Es gibt effektive und nachhaltige Maßnahmen für die Schließung von Steueroasen – wir müssen sie wirkungsvoll in der politischen Auseinandersetzung platzieren. Dafür brauchen wir Unterstützung.

**Steuerflucht und -vermeidung den Riegel vorschieben – Deine Spende hilft uns dabei!**

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter [www.attac.de/spenden](http://www.attac.de/spenden) kannst Du uns ganz unkompliziert unterstützen. Herzlichen Dank!



## Hinweis

Attac verfolgt satzungsgemäß gemeinnützige Zwecke; die Gemeinnützigkeit wurde Attac im April 2014 vom Finanzamt Frankfurt entzogen. Gegen diese Entscheidung klagt Attac vor dem Finanzgericht; bis zum Abschluss des juristischen Verfahrens bzw. der Anerkennung unserer Gemeinnützigkeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter  
[www.attac.de/spenden/aktuell](http://www.attac.de/spenden/aktuell)

### SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in  
Deutschland und  
in andere EU-/EWR-  
Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF1602

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

D E

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE